

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 45

Charlottenburg, Freitag, den 5. November 1909

Jahrg. 36

Sperren

Vollsperrern in Deutschland: Auma (Porzellan-Industrie-Gesellschaft Berghaus). Colditz (A.-G.). Mannheim. Stogheim.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrintal (Rechnagel). Altwasser (C. Tiesch & Co.) Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Seene, Eckert & Menz). Königszell. Langwiesern (Schlegelmilch). Neuhaldensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (L. Hutchenreuther inklusive Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Die „Niedergerittenen“.

= Mit welchem Jubel berauschten sich 1907 nach den Reichstagswahlen die bürgerlichen regierungstreuen Parteien, als es ihnen gelang, unter Aufwendung einer Unsumme von Verdrehung, Schwindel und Augenblenderei die Arbeiterpartei im Reichstag von 81 Mandate auf 43 Sitze im Reichsparlament herab zu drücken. Gefflissentlich übersah man schon damals, daß trotz der Mandatsverluste die Sozialdemokratie noch an Stimmen zugenommen hatte und daß diese Partei nach wie vor diejenige politische Partei in Deutschland war, auf deren Kandidaten sich die größte Anzahl Stimmen — rund $3\frac{1}{4}$ Millionen — vereinigen. Man hielt sich an die verringerte Mandatsziffer und fegestrunken feierte man in bombastischen Reden den „herrlichen Sieg“ über die „Niedergerittenen“. Nun sollte eine neue Ära bürgerlich selbstbewusster Politik in Deutschland beginnen. Die Sozialdemokratie hielt man nicht nur für einmal besiegt, sondern für dauernd überwunden. Und man gefiel sich zu sehr in dem Gedanken, daß mit der Sozialdemokratie auch der andere Stamm der modernen Arbeiterbewegung bis ins Mark getroffen worden sei: Die Gewerkschaften. Wohl krachte der starke Aufschwung der Gewerkschaften im Jahre 1907 dieser Hoffnungsbrüche unserer Gegner Lügen, aber die Uebersticht über das Ganze gab ihnen anscheinend recht; denn infolge der schweren wirtschaftlichen Krise büßten die Gewerkschaften ein wenig an Mitglieder ein. Daran aber irgend welche begründeten Schlussfolgerungen über ein Abflauen und stetes Nachlassen der Bewegung knüpfen zu wollen, ist mehr als töricht. So lassen bereits jetzt — nachdem hier und dort die Wirkungen der Krise nachzulassen scheinen — die wieder steigenden Mitgliederzahlen der einzelnen Gewerkschaften den ruhigen sicheren Fortgang der Aufwärtsbewegung der freien Gewerkschaften erkennen.

Nicht minder groß ist jedoch auch der Irrtum der Gegner der Arbeiterbewegung in bezug auf den Stillstand oder Rückschritt der politischen Bewegung. Hier ist nach knapp drei Jahren ein so gewaltiger Wechsel der Lage eingetreten, daß nach den Vorkommnissen in den letzten Wochen die Hoffnungen der Arbeiterfeinde ganz gründlich zerstört sein dürften. Die Sozialdemokratie ist nicht tot, sie ist nicht nur noch nicht auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklungsmöglichkeit angekommen, sondern sie lebt, und in kraftvollem Ansturm strebt sie der Höhe ihrer Entwicklung entgegen.

Was haben denn die bürgerlichen Parteien dem deutschen Volke seit 1907 gebracht? Wo ist denn der hohe gewaltige Aufschwung des bürgerlichen Liberalismus geblieben? Welche Spuren hat

er in der Politik des Reiches und in der Gesetzgebung der Einzelstaaten hinterlassen? Fragen, die ihre Beantwortung nicht in neuen wirklich liberalen Gesetzen finden, sondern deren Entgegnung in den neuen reaktionären Gesetzesbestimmungen, die sich zum Teil gegen die Arbeiter richten, und dann in den neuen Steuern finden.

Wir haben schon früher und zu wiederholten Malen auf den Umfang und die Wirkungen der in diesem Jahre vom Reichstag beschlossenen 400 Millionen Mark neuer Konsumsteuern hingewiesen. Und kein die Dinge überschauender Mensch konnte sich darüber im Unklaren sein, daß diese Entwicklung der Dinge die Wahlergebnisse von 1907 bei eventuellen Ersatz- und Neuwahlen ganz erheblich korrigieren würde.

Neustadt-Landau machte den Anfang. War es bisher der sozialdemokratischen Partei nicht gelungen, dort auch nur in die Stichwahl zu kommen, so ergab die Nachwahl das überraschende Ergebnis, daß der sozialdemokratische Kandidat mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl kam und dann mit beinahe 1000 Stimmen Mehrheit siegte. Hier gaben die Wähler der Regierung die erste Quittung für die neuen Steuern. — Dann folgte die Reichstags-Ersatzwahl in Stollberg-Schneeberg. Dieser Kreis war wohl immer ein sicherer Besitz der Sozialdemokratie, aber doch verlor die Partei 1907 auch Stimmen in diesem Wahlkreis. Diese Einbuße wurde bei der diesjährigen Nachwahl mit Glanz wett gemacht. Und geradezu erdrückend ist die Mehrheit, mit der der sozialdemokratische Kandidat siegte. 21 190 Stimmen fielen dem Kandidaten der Arbeiterpartei und nur 9444 den vereinigten bürgerlichen Parteien zu. — Am 14. September war im Reichstagswahlkreis Koblenz-St. Goar Reichstagsersatzwahl; gewählt wurde der Zentrumskandidat. Doch sank die Stimmenzahl des Zentrums gegen 1907 von 19 232 auf 11 462, während die sozialdemokratischen Stimmen von 2172 auf 2844 stiegen. Am 3. Oktober errang die Sozialdemokratie bei den Bezirkswahlen in Elßaß-Lothringen eine außerordentliche Vermehrung der Stimmenzahl; sie eroberte den Kanton Mülhausen-Süd. — Am 4. Oktober war die allgemeine Landtagswahl in Sachsen-Meiningen. Die Sozialdemokratie gewann von 7 Sitzen, die sie bisher inne hatte, 10. Die Stimmenzahl stieg von rund 10 000 auf 16 000! Und so, in Analogie der Stimmen, daß in den zwei neu eroberten Mandaten nur einen teilweisen Ausdruck findet.

Dann kamen die Wahlen in Sachsen und Baden. In Sachsen schuf der verfloßene Landtag ein neues Wahlrecht, das trotz der die Arbeiterschaft ungemein benachteiligenden Bestimmungen nicht verhindern konnte, daß die Sozialdemokratie fast die Hälfte der bei der Hauptwahl abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte; denn von 1 272 100 Stimmen, die bei der Hauptwahl gezählt wurden, fielen gegen 490 000 auf die Sozialdemokratie, die auch im ersten Wahlgang 15 Mandate gewann und in 53 Kreisen in die Stichwahl kam. In einzelnen Kreisen fanden die Stichwahlen, zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, bereits statt. So in Leipzig, wo der Sozialdemokratie ein weiteres Mandat zufiel. Auf alle Fälle wird die Sozialdemokratie in dem kommenden Landtag die drittstärkste Fraktion stellen, während sie im alten Landtag nur durch den Genossen Goldstein vertreten war.

Nicht weniger günstig als in Sachsen gingen die Landtagswahlen in Baden für die Sozialdemokratie aus. In erster Linie ist auch hier der kolossale Stimmenzuwachs, den die Parteikandidaten erlangten, zu beachten. Von 50 431 Stimmen

Am die Sozialdemokratie auf 86885 Stimmen. Gleich im ersten Wahlgang gewann die Partei zehn Mandate. Und bei den Stichwahlen kamen weitere zehn sozialdemokratische Kandidaten durch, so daß die sozialdemokratische Fraktion im badischen Landtag von 12 auf 20 Mitglieder anwuchs.

Zu diesen Erfolgen gesellte sich dann der, den die Berliner Landtagswahlen brachten. Bei der Landtagswahl 1908 wurden in Berlin sechs Sozialdemokraten gewählt. Vier Mandate davon erklärte die reaktionäre konservativ-freisinnige Mehrheit des preussischen Landtags für ungültig. Angeblich deswegen, weil bei der Wahl von den Sozialdemokraten in unerlaubter Weise den Gegnern mit dem wirtschaftlichen Boykott gedroht und dadurch die Abstimmung in gewalttätiger Weise beeinflusst worden sei. Du lieber Himmel! Wenn dieser Dinge wegen alle Wahlen für ungültig erklärt werden müßten, bei denen der Boykott in der Tat eine Hauptrolle spielt, dann kämen die Junker und eine Reihe liberaler Abgeordneter überhaupt niemals zu einem rechtmäßigen Mandat. Daß aber außerdem dieser Schwindel von dem sozialdemokratischen Wahlterrorismus und Boykott nicht den mindesten Eindruck auf die Wähler machte, bewies der Ausfall der am 26. Oktober statt gehaltenen Urwahlen, bei denen mehr Wahlmänner für die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt wurden als das 1908 der Fall war, so daß bei den Abgeordnetenwahlen die Vertreter der Arbeiterschaft mit einer noch größeren Mehrheit in den Landtag zurück gewählt werden.

Dann sei auch der Reichstags-Ersatzwahl in Coburg gedacht, die für unsere Kollegen dadurch ein besonderes Interesse bietet, als mit dem in Coburg am 22. Oktober gewählten Kandidaten der Sozialdemokratie der erste Porzelliner in den Reichstag zieht. In Coburg war der Kampf ein besonders schwerer. Die Wahlen von Neustadt und Stollberg hatten die bürgerlichen Parteien aufgeschreckt und munter gemacht. Man ahnte auch für Coburg nichts Gutes. Alle Kräfte wurden daher in Coburg von bürgerlicher Seite angestrengt, um den Coburger Wahlkreis vor der roten Sturmflut zu bewahren. Dieses Bemühen der bürgerlichen Parteien ist umso verständlicher, da dieser Kreis, seit dem zum Reichstag gewählt wurde, als ein fester Bestand der bürgerlichen, d. h. der liberalen Parteien galt. Mit allen nur erdenklichen Agitationsmitteln versuchten die Bürgerlichen die Sozialdemokratie und ihren Kandidaten zu bekämpfen. Aber schon der Hauptwahltag machte die Hoffnungen der Gegner zu schanden. 6188 sozialdemokratischen Stimmen standen 3445 national-liberale und 3043 freisinnige Stimmen gegenüber. Die Sozialdemokraten gewannen gegen 1907: 1867 Stimmen; die National-liberalen verloren 992 und die Freisinnigen 1085 Stimmen. In der Stichwahl gingen, wie schon früher immer, National-liberale und Freisinnige zusammen. Es half dieses Mal aber alles nichts. Mit 7078 Stimmen siegte der sozialdemokratische Kandidat über den National-liberalen, für den 6844 Stimmen abgegeben wurden. — Es flattert nun nach vielen schweren Kämpfen zum ersten Mal über Coburg das rote Banner!

So sind die „Niedergerittenen“ weiter geritten. Nicht zersplittert oder gebrochen ist unsere Kraft, sondern macht- und kraftvoller denn je streben wir zur Höhe. Die finsternen, das klare Urteil des Volkes trübenden Nebel der Gottentötterwahlen von 1907 verfliegen und stärker denn je ist das Vertrauen der politisch erfahrenen Leute in die fliegende Kraft der Arbeiterbewegung- und Partei.

Man freize alle diese Erfolge der Sozialdemokratie mit dem das Volk nur zu wenig zu sehen hat. Es ist es nicht, das die Arbeiterbewegung in die Welt gesetzt hat, sondern mit dem ganzen Drum und Dran unserer heutigen öffentlichen Politik im Reich und im Staate. Und weil die bürgerlichen Parteien samt und sonders in einer ehrlichen Opposition gegen die Regierung versagen, darum wenden sich die Massen in erneut verstärkten Scharen zur Sozialdemokratie, zu den „Niedergerittenen“, die allein imstande sein werden, der Miswirtschaft der „Niederreiter“ von 1907 ein Ende zu machen.

Mansfeld.

In der gewerblich und industriell hoch bedeutenden Provinz Sachsen liegt im Regierungsbezirk Merseburg der Mansfelder Kreis. Eine der größten Bergwerks-Gesellschaften Deutschlands, die Mansfelder Bergwerks-Gesellschaft, hat dort in der Kreishauptstadt Eisleben ihren Sitz. 21.000 Bergleute werden in diesem Unternehmen beschäftigt und unter einem unglaublichen Druck der Werkleitung in solche Abhängigkeit gehalten, daß es bisher ganz ausgeschlossen war, daß die freie Arbeiterbewegung dort Fuß fassen konnte. In zahlreichen Kriegervereinen, gelben Verbänden usw. wurde dem Arbeiter

eine „reichstreu“, „gute“ Gesinnung anezogen, welche die Arbeiter fähig machte, sich alles von der Direktion und deren Handlangern gefallen zu lassen. Ganz unglaubliche Zustände der Unterdrückung, Bespitzelung und Willkür sollen sich dadurch im Laufe der Jahre heraus gebildet haben. Doch alle Dinge nehmen einmal ein Ende. Und auch in Mansfeld entlud sich der jahrelang angehäuften Unmut der Arbeiter in einer gewaltigen Explosion.

Ueber diese Entwicklung der Dinge und ihre jetzige Gestaltung wird berichtet:

„Ende September dieses Jahres fand in Eisleben eine Versammlung statt, in der über die Wirkungen der Reichsfinanzreform gesprochen werden sollte. Die Straße, in der das Lokal lag, war von spitzelnden Steigern und Bergleuten dicht besetzt. Trotzdem war der Grimm bei manchen Bergleuten nach und nach so groß geworden, daß sie sich dadurch nicht vom Besuch der Versammlung abhalten ließen. Die Folge blieb nicht aus. Am Tage darauf wurden sämtliche 73 Bergleute, die bespitzelt worden waren, entlassen. Aber während nach den Wahlen von 1898, 1903 und 1907 die gleiche Brutalität bewirkt hatte, daß der Schreck die andern nur noch fester in den Bann schlug, loberte diesmal der Widerstand zu heller Flamme auf. Gebieterisch verlangten die Kameraden der Gemäßregelten deren Wiedereinstellung. Die Gewerkschaft lachte natürlich über diese Anmaßung und erklärte, jeder, der die Wiedereinstellung der Gebrandmarkten fordere, werde gleichfalls ohne Gnade entlassen werden. Das war zuviel. Die Belegschaft der einen Grube, des Niemandtschachtes, beschloß am 3. Oktober in geheimer Abstimmung mit 699 gegen 7 Stimmen sofort in den Abwehrstreik zu treten. Die Belegschaft des benachbarten Freieslebenschachtes trat dem bei, und so sah der 4. Oktober das für unmöglich gehaltene Schauspiel, daß etwa 1300 reichstreu Mansfelder Bergleute streikten. Jetzt rumorte es plötzlich auf allen Schächten, deren die Mansfelder Gewerkschaft ein Duzend besitzt, und in allen Hütten. Die Streikleitung mußte alle Beredsamkeit aufwenden, Methode in die Bewegung zu bringen. Im Laufe der ersten Woche stieg die Zahl der Streikenden auf 8000, und als der Direktor Bogelsang, das Hallesche Oberbergamt und der preussische Handelsminister alle Versuche, eine Einigung herbei zu führen, barsch zurück gewiesen, stieg in der zweiten Woche die Zahl der Ausständigen auf 7000.

180 Gendarmen waren ins Streitgebiet geworfen worden. Lügen über Lügen wurden verbreitet. Mit Lockungen und mit Drohungen suchte man die Streikenden wieder einzufangen. Die gemeinsten Verleumdungen wurden gegen den Bergarbeiterverband, gegen die „von auswärts hergelaufenen Hezer“, gerichtet. Es half alles nichts. Zu Beginn der dritten Woche hatte der Streik auf alle Schächte übergegriffen, und auch die Hütten hätten still gelegen, wenn nicht die Streikleitung den Hüttenleuten zugeredet hätte, nach Lage der Sache müßten sie ihren Unwillen vorerst noch dämpfen, ihr Streik würde, wie die Verhältnisse liegen, der Bewegung eher schaden als nützen.

Noch nie hatten die Mansfelder Bergleute in einem Streit gestanden. Aber mit bewundernswerter Sicherheit ließen sie alle Lockungen, Drohungen und Provokationen von sich abprallen. Zu Abertausenden meldeten sie sich aus ihren Kriegervereinen und reichstreuen Vereinen ab und traten dem Bergarbeiterverbande bei. Erst jetzt schien den Machthabern, an deren Seite in unaliger Gesinnung die Räte, der Freieslebenschacht und der Niemandtschacht, die Grubenarbeiter zu haben, sich zu geben, wobei mit dem bis aufs Blut gepöbelten Arbeiterheer, das den Rinderglauben mit den Sklavenfesseln zugleich abgestreift hatte und zu allem entschlossen war. Da wurde in der Nacht zum 22. Oktober zum letzten Mittel gegriffen: Aus Halle und Magdeburg wurde je ein Bataillon Infanterie ins Streitgebiet geworfen, und jeder Soldat erhielt 60 bzw. 65 scharfe Patronen. Mit dem weißen Schrecken sollte gearbeitet werden. Auch dieses letzte Mittel hat nicht verfangen. Ober doch! Ja, es hat verfangen. Denn war die Zahl der Streikenden bis zum 22. Oktober auf rund 10.000 gestiegen, so schwoll sie bis auf 13.000 an, und ein einziges Wort würde genügt haben auch den Hüttenbetrieb lahm zu legen.“

Und von anderer Seite wird berichtet: „In der Nacht vom 21. zum 22. Oktober wurde das ganze Streitgebiet mit Militär überschwenmt, und zwar durch ein Bataillon der 66er von Magdeburg und der 86er von Halle und außerdem noch durch eine Kompagnie der Maschinengewehrabteilung mit drei Maschinengewehren, von denen sofort zwei in Schußbereitschaft vor den Toren der Kupferhammerhütte in Gettstedt aufgeföhren wurden! Um 10¹/₂ Uhr

abends kam das Bataillon der 86er von Magdeburg in Hettstedt an; jeder Soldat war mit 60 scharfen Patronen versehen. Und direkt aus dem Eisenbahnwagen gekommen, ließ der kommandierende Offizier sie vor dem Bahnhof antreten, die Gewehre laden, die Sturmriemen herunter machen und dann im Lauffschritt nach der Kupferhammerhütte abmarschieren! An der Hütte angekommen, erscholl das Kommando: „Seitengewehr pflanzt auf!“ Und nun wurden mit scharfgeladenen Gewehren und aufgepflanzten Seitengewehren die leeren Straßen gesäubert! An den beiden Hüttentoren wurde je ein Maschinengewehr aufgeföhren, um nötigenfalls gleich schockweise die reichstreuenden Kumpels niederzuschleßen. Kein Mensch wußte etwas von der Ankunft des Militärs und da zufällig am Bahnhof ein Wanderkinematograph aufgestellt war, war der Bahnhofspiaz naturgemäß noch belebt und so erregte das plöbliche Erscheinen des Militärs und das Laden der Gewehre die Gemüter und sollen einige höhrende Rufe gegen die Soldaten ausgestoßen und deswegen sieben Mann verhaftet worden sein. Gegen 12 Uhr nachts bezogen die Krieger kompagnieweise in den Sälen vom Ratskeller, Kaiserhof und Hohenzollernpark Massenquartier, während vor jedem Hüttentor ein Posten von 1 Offizier, 2 Unteroffizieren und von 10 Mann und außerdem noch 4—6 Gendarmen zurück blieben und starke Patrouillen, die geladenen Gewehre unterm Arm, durch die Straße defilieren! Des Morgens zogen verstärkte Posten vor die Hüttentore, um die Streikposten fern zu halten und Patrouillen von 2 Unteroffizieren und 10 Mann zogen, die geladenen Gewehre schußfertig, durch die Straßen und trieben alles vor sich her, während kleinere Trupps an den Straßent Kreuzungen Aufstellung nahmen! Erst gegen 11 Uhr, als die Befehlshaber wohl die gänzliche Zwecklosigkeit eines solchen Aufgebotes einsahen, wurden Posten und Patrouillen eingezogen und blieben die Gendarmen allein zurück. Während die 86er sich auf die Ortschaften um Hettstedt bis Mansfeld verteilt hatten, trafen die 86er in Eisleben ein und hielten die Ortschaften um Eisleben bis Helbra besetzt, wohin vorläufig eine Kompagnie verlegt wurde. In Helbra ließ der kommandierende Offizier vor dem Streikbureau halt machen, ließ einige Kommandos ausführen und erinnerte dann die Soldaten laut und einbringlich an ihren Fahneneid! Das 86. Infanterieregiment rekrutiert sich hauptsächlich aus Mansfelder Bergleuten, die jetzt in ihre Heimat abkommandiert sind, um eventuell auf Vater, Mutter und Brüder zu schießen! Streikposten werden zurück getrieben, mehr noch von den Gendarmen, als vom Militär, aber das auch schon vorher, ehe noch Militär im Revier war. Ueberall hält man die Streikboten und Radfahrer an, verbietet den von der Streikleitung ernannten Ordnungsmännern das Weitertragen der weißen Armbinden, an denen man bisher keinen Anstoß genommen hat. Die selbstgewählte Polizei wird außer Tätigkeit gesetzt, nur die bewaffnete Diktatur soll gelten! Ob es aber gelingen wird, durch das Militär- und verstärkte Gendarmereiaufgebot, den Streik niederzuwerfen, dürfte bezweifelt werden. Doch das eine steht fest: Diese Behandlung vergessen die Mansfelder Bergleute niemals. Sie, die bisher als das Muster deutscher Arbeitstreue gepriesen worden sind, werden durch die bewaffnete Macht zur „Ordnung“ gebracht, sie, die nie sozialdemokratisch gewählt haben, werden dennoch an dem Tage, wo sie ihre gesetzlichen Rechte fordern, als „innerer Feind“ von ihren Brüdern im Waffenrock zu Paaren getrieben.

Und schon der weitere Verlauf des Kampfes zeigte, daß die brutale Gewalt der Besitzenden, die jede friedliche Vereinbarung schroff abweisen, die zum Ausbruch gekommene Gewalt willens und der Kampfesfreudigkeit der Arbeiter zu hemmen kann.

Das Mansfelder Gebiet ist nicht wieder zu erkennen. Alle Furcht ist verflogen. In jedem Dorfe sind den Streikenden große Säle zur Verfügung gestellt. Die schneidigsten Uebergriffe tressenlüsterner Soldaten und Befreiten prallten an der ehernen Ruhe und Ueberlegenheit der Streikenden ab. Kein Uebermut, aber stählerne Festigkeit. Sklaven sind in den Streik getreten; Männer werden in die Gruben zurück kehren. Auch die Frauen sind wie umgewandelt. Jede einzelne ist zu einer Agitatorin der Nachbarin gegenüber geworden, deren Mann noch nicht den Streikenden sich angeschlossen hatte. Die Halberstädter Kürassiere sind in kriegsmäßiger Ausrüstung durch die Dörfer, Flecken und Städte des Mansfelder Gebietes geritten. Wie in Feindesland!

So schaut die ganze deutsche Arbeiterschaft auf jenen gewaltigen Kampf, der im Mansfelder Gebiet tobt. Wenn es auch der Werkdirektion und der Waffenmacht der öffentlichen Gewalten gelingen sollte, die zur Verzweiflung getriebene Arbeiterschaft von neuem in das alte Joch zu zwingen, das Eine wird trotzdem der nicht hoch genug zu schätzende Erfolg dieses Kampfes sein: Auch die Mansfelder Arbeiterschaft ist erwacht.

Sie wird weiter kämpfen und eines Tages mit der übrigen erwachten Arbeiterschaft siegen. Doch wiederum büßten die besitzenden und herrschenden Klassen bei einem Teil ihrer treuen Gefolgschaft an Kredit ein. Wobei besonders zu bedenken ist, daß die herrschenden Kreise viel an Kredit überhaupt nicht mehr zu verlieren haben.

Betriebsunfälle und Gewerbekrankheiten in der Keramikindustrie Großbritanniens.

Das neue britische Unfallentschädigungsgesetz von 1906, das im August 1907 in Kraft trat, hat den Bereich der Entschädigungspflicht der Unternehmer bedeutend erweitert und auch auf Gewerbekrankheiten ausgebehnt. Bis jetzt werden in dieser Hinsicht 24 Arten gewerblicher Erkrankungen den Unfällen gleich behandelt. Die erste Statistik unter der Wirksamkeit des neuen Gesetzes ist eben erschienen, doch ist sie nicht vollständig; da in Großbritannien keine Anmeldepflicht der Gewerbetreibenden usw. besteht, so erachtete es das Ministerium des Innern als unmöglich, alle Wirtschaftszweige, in denen Betriebsunfälle auf Grund des Gesetzes von 1906 entschädigt werden müssen, einzubeziehen. Ausgeschlossen blieben die Landwirtschaft, der Hausbau, der Binnentransport, soweit er nicht mit der Eisenbahn erfolgt, die Seefischerei, die häusliche Dienstleistung und einige weniger umfangreiche Gewerbe. Der Minister forderte durch eine Verordnung vom 15. Januar 1908, daß Angaben über die Unfallentschädigung zu machen seien für Bergwerke, Steinbrüche, Eisenbahnen, Fabriken, Häfen, Docks u. dgl., Konstruktionsarbeiten und die Schifffahrt. Die Mitteilungen betreffen nur die im Laufe des Berichtsjahres entschädigten Unfälle. Bei den tödtlichen Unfällen werden drei Gruppen unterschieden, je nachdem; ob vollkommen, teilweise oder keine abhängigen Angehörigen hinterblieben. Bei den nicht tödtlichen Unfällen werden die vom Vorjahr herüber gekommenen Unfälle und die, für welche 1908 die erste Zahlung geleistet wurde, auseinander gehalten. Es wird über die Entschädigungssummen, die Entschädigungsbauer, die Gewährung von Abfindungen und über andere Gegenstände Auskunft gegeben.

In den Wirtschaftszweigen, auf die sich die britische Unfallstatistik erstreckt, waren 1908 7 512 000 Personen beschäftigt, darunter 1 618 000 Frauen und Mädchen. Die Zahl der tödtlichen Unfälle, für die in demselben Jahre Entschädigung geleistet wurde, betrug 8447, die Entschädigungssumme 532 086 Pfund Sterling (je 20 Mt.); außerdem wurden 323 224 nicht tödtliche Unfälle mit 1 523 292 Pfund Sterling, 26 Fälle tödtlich verlaufener Gewerbekrankheiten mit 4037 Pfund Sterling und 2260 nicht tödtlich verlaufene Fälle von Gewerbekrankheiten mit 21 257 Pfund Sterling entschädigt.

Eine Uebersicht der Zahl der Unfälle und der Gewerbekrankheiten, die 1908 in der Keramikindustrie entschädigt wurden, bietet die folgende Tabelle.

	Zahl der Unfälle oder gewerblichen Erkrankungen	Entschädigungssumme	
		im Ganzen Pf. Sterling (20 Mt.)	auf einen Unfall usw. Schil. o. Mt.
Tödtliche Unfälle	16	2 486	8045
Nicht tödtliche Unfälle	1085	5 049	98
Tödtliche Gewerbekrankheiten	9	1 540	8422
Nicht tödtliche Gewerbekrankheiten	118	1 768	818
Gesamt	1228	10 788	176

Beschäftigt waren in der Keramikindustrie 1908 insgesamt 53874 Personen, davon 31 091 männlichen und 22783 weiblichen Geschlechts. Wie viele von den entschädigten Unfällen das männliche und wie viele das weibliche Geschlecht betrafen, wird in der amtlichen Statistik leider nicht gesagt. Auf je 10 000 beschäftigte Personen trafen fünf tödtliche Unfälle und Gewerbekrankheiten, sowie 222 nicht tödtliche Unfälle und Gewerbekrankheiten.

Die Zahl der Gewerbekrankheiten überhaupt war zwar im Bergbau und in der Metallindustrie viel größer als in der Keramikindustrie aber im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten und Gewerbekrankheiten in der Keramikindustrie weit häufiger als in jedem anderen Wirtschaftszweige.

Der Durchschnitt der Entschädigung für tödtliche Unfälle war in allen fabrikmäßigen Gewerben 2740 Mt., gegen 8045 Mt. in der Keramikindustrie; bei den nicht tödtlichen Unfällen stellte sich das Durchschnittsausmaß der Entschädigung in allen fabrikmäßigen Gewerben auf 97 Mt. gegen 98 Mt. in der Keramikindustrie. Die Höhe der Entschädigung hängt vor allem von der in einem Gewerbe üblichen Lohnhöhe ab, dann bei den

nicht tödlichen Unfällen von der Dauer der Arbeitsunfähigkeit. In der Keramikindustrie sind die Löhne überdurchschnittlich hoch, die Unfälle sind jedoch gewöhnlich weniger schwer als in der Mehrheit der anderen Gewerbe.

Von den an den Unfallfolgen oder Gewerbetrankeheiten verstorbenen 25 Keramarbeitern hinterließen 18 vollständig und 5 teilweise abhängige Angehörige; 2 hatten keine Angehörigen zu versorgen, für sie waren von den Unternehmern nur die Begräbniskosten zu bestreiten.

Von den nichttödlichen Unfällen waren 58, von den Gewerbetrankeheiten 20 vom Vorjahre in das Jahr 1908 zur Entschädigung übernommen worden, in den übrigen Fällen begann die Zahlung der Entschädigung erst 1908.

Ueber die Dauer der Entschädigungszahlung enthält die Statistik, soweit die Keramikindustrie in Betracht kommt, die nachstehenden Angaben.

Dauer der Entschädigungszahlung	Unfälle	Gewerbetrankeheit.
Im Jahre 1908 beendigte Entschädigungszahlungen:		
Nicht ganz 2 Wochen	67	—
2—3 Wochen	254	2
3—4	177	—
4—13	380	27
13—26	48	9
26 oder mehr Wochen	11	6
Im Jahre 1908 noch nicht beendigte Entschädigungsfälle	76	54
Fälle der Gewährung von Abfindungs-Summen	77	15
Summa	1085	113

Von den im Jahre 1908 beendigten Entschädigungsfällen hatten gebauert: 7,2 pCt. weniger als 2 Wochen, 27,3 pCt. 2 bis nicht ganz 3 Wochen, 19 pCt. 3 bis nicht ganz 4 Wochen, 40,8 pCt. 4 bis nicht ganz 13 Wochen, 4,6 pCt. 13 bis nicht ganz 26 Wochen und 1,2 pCt. 26 oder mehr Wochen. In allen Wirtschaftszweigen ist der Prozentsatz der Unfälle mit bis 2 wöchentlich und mit 3—4 wöchentlich Entschädigungsbauer kleiner als der Prozentsatz der Unfälle mit 2—3 wöchentlich Entschädigungsbauer.

Unter den in der Keramikindustrie entschädigten Gewerbetrankeheiten ist Bleivergiftung und ihre Folgen 120 mal vertreten; in je einem Fall kam Karbunkel und ekzematisches Hautgeschwür vor. Die weitere Verwendung erkrankter Keramarbeiter bei den betreffenden Beschäftigungen wurde in 50 Fällen von den ärztlichen Aufsichtsbeamten zeitweise oder für immer verboten.
H. F.

Hus unserem Berufe

Der Umfang des Schadens, der in der deutschen Porzellanindustrie aus dem Rückgang der infolge der Krise abgestauten Geschäfte eingetreten ist, wird in einer Zuschrift an „Brühns Fachblatt“ in folgender Weise geschildert: „Die Lage der deutschen Porzellanindustrie ist infolge der ungünstigen Gestaltung des Ablasses deutscher Porzellanwaren im Auslande immer noch sehr unbefriedigend. Wenn auch eine sichtliche Besserung des Geschäftsganges im Porzellanhandwerk auf dem Inlandsmarkte zugehen ist, so ist doch an der Exportseite der Porzellanindustrie nichts zu sehen. In der Exportseite der Porzellanindustrie ist der Rückgang der Porzellanwaren im Auslande immer noch sehr unbefriedigend. Wenn auch eine sichtliche Besserung des Geschäftsganges im Porzellanhandwerk auf dem Inlandsmarkte zugehen ist, so ist doch an der Exportseite der Porzellanindustrie nichts zu sehen. Das vorjährige Exportgeschäft wies eine Einbuße von 11,64 Millionen Mark auf, und im laufenden Jahre betrug schon in den ersten sieben Monaten der Verlust auf dem Weltmarkt 14,5 Millionen Mark im Vergleich zu dem ungünstigen Vorjahre. Diesem starken Verlust hat sich im Laufe des Monats August ein weiterer Verlust von rund zwei Millionen Mark zugesellt, so daß im Vergleich zum Krisenjahre 1908 der Gesamtverlust des Exportgeschäftes im laufenden Jahre 16,5 Millionen Mark beträgt. Im Vergleich zum Jahre 1907 ist in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres ein Verlust von 21,5 Millionen Mark im Auslandsgeschäft zu verzeichnen. Ein Vergleich der abgesetzten Mengen mit den umgesetzten Werten zeigt überdies deutlich, daß das Auslandsgeschäft nur unter einer Ermäßigung der Preise verwirklicht werden konnte. Im Vergleich zum Jahre 1907 entspricht einem Rückgang der Mengenausfuhr um 19 pCt. eine 45 prozentige Wertverminderung. Der Ausfall der Porzellanindustrie auf dem Auslandsmarkte ist hauptsächlich dem starken Rückgang an Tafelgeschirr zuzuschreiben, während der Auslandsverkauf an Luxusgegenständen sogar eine geringe Zu-

nahme erfahren hat. Wie überhaupt die Massenartikel den Schwankungen der Geschäftslage mehr ausgesetzt sind als die Qualitätsware, so hat auch bei dem Tafelgeschirr eine besonders starke Preisreduzierung stattgefunden, während die bessere Ware im Preise gleich geblieben ist. Noch im Vorjahre betrug der Einheitspreis der Ausfuhr für Tafelgeschirr rund 165 Mark pro Doppelzentner, während in diesem Jahre für den Doppelzentner nur rund 99 Mark oder 60 pCt. des Vorjahrspreises erzielt wurden. Es ist abzuwarten, wie sich die Ungunst der Verhältnisse im Auslandsgeschäft auf die Geschäftsabschlüsse der Gesellschaften geltend machen wird, die im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1906/1907 eine Dividende von 12,1 pCt. ausschütteten, in den beiden letzten Jahren aber eine abfallende Rentabilität mit 9,1 und 6,1 pCt. Durchschnittsdividende für die Geschäftsjahre 1907/08 und 1908/09 aufweisen. Während im ersten Teil des laufenden Jahres die Papiere der Porzellanindustrie an der Börse sogar Kursverlusten ausgesetzt waren, haben sie in letzter Zeit und auch schon im Monat August eine höhere Bewertung gefunden. Im allgemeinen ist die Höhe des Kursstandes zu Anfang des Jahres erreicht und schon überschritten, so daß in dieser Tatsache bei dem ungünstigen Abschneiden der deutschen Porzellanausfuhr nur eine Besserung des Geschäftsganges im Inlande zum Ausdruck kommen könnte, falls überhaupt die Bewertung der Papiere nicht mehr unter der Einwirkung der allgemeinen Aufwärtsbewegung am Industrieaktienmarkte erfolgt ist.“ — Aus diesen Zahlen, die einigermaßen die Betriebsverluste erkennen lassen, läßt sich auch mit einiger Sicherheit ein sehr beträchtlicher Lohnausfall für die Arbeiter schließen. Leider liegen darüber keine Zahlen vor. Sie kennen zu lernen, wäre äußerst interessant. Manchem Kollegen würden dadurch noch die Augen geöffnet werden.

Altwasser. Die Firma Tielisch braucht Arbeiter. Sie annonciert darum in den Fachblättern unter verschiedenen Chiffren. In einem Engagementschreiben an einen Kollegen, der sich um eine der ausgeschriebenen Stellen bemühte, heißt es: „Bedingung ist, daß Sie nicht Mitglied des Berliner Verbandes sind und auch nicht werden; ferner müssen Sie gesund und im Besitz ordnungsmäßiger Papiere sein und haben Sie sich den hier bestehenden Einrichtungen p.p. nach Maßgabe unserer Fabrikordnung zu fügen und Mitglied unserer Fabrikrentenkasse, sowie der Dreher-Witwen-Kasse zu werden.“ Bisher behauptete die Direktion von Tielisch immer, der Verband hindere seine Mitglieder, in Altwasser Arbeit zu nehmen. Und diese Behauptung wurde auch zu jener Zeit erhoben, als die Halbsperre über die Firma noch nicht bestand. Auch dieser Briefauszug beweist, daß das Umgekehrte der Fall ist. Die Firma hindert nicht nur, daß die Verbandsmitglieder bei ihr arbeiten, sie nimmt den Arbeitern auch durch diese Zwangsbestimmung das Recht der gewerblichen Vereinigung. Da ist es denn kein Wunder wenn es der Firma an tüchtigen Leuten fehlt. Denn abgesehen von den Kollegen, die bereits schon jahrelang in Altwasser arbeiten, wird es gerade unseren tüchtigsten Kollegen schwer fallen, unter Bedingungen in Altwasser zu arbeiten, die sich Herr von Tielisch, sowie seine Direktoren und Beamten von den Arbeitern auch nicht vorschreiben lassen würden. Vor dem Vereins- und Versammlungsrecht aber gilt der geheime Kommerzienrat nicht mehr als der einfache Lohnarbeiter. So lauter wenigstens die Theorie!

Annaburg. Ueber die letzte Generalversammlung der Steingutfabrik, in der 528 Stimmen vertreten waren, wurde berichtet. Die Verhandlung setzte sich mit der Ausschüttung der Dividende auf 10 pCt. ab. Der Vorstand hat sich über die Ausschüttung günstig geäußert. Der Redner bemerkte ferner, daß die notwendig gewordenen Aufwendungen, wie Neubauten usw. aus laufenden Mitteln gedeckt werden konnten, und ermahnte die Verwaltung zu weiterer Sparsamkeit. Ferner gab der Aktionär der Gesellschaft anheim, die Verwaltung möge zur Zahlung der Talonsteuer alljährlich 1/10 pCt. zurückstellen. Der Vorsitzende entgegnete, der Aufsichtsrat habe sich bereits mit der Frage der Talonsteuer beschäftigt, die Verwaltung stehe dem Vorschlage des Aktionärs nicht ablehnend gegenüber. Angesichts des Umstandes, daß die Angelegenheit jedoch gesetzlich noch nicht geregelt sei, halte sie die Zeit, um in dieser Beziehung Beschlüsse zu fassen, noch nicht für gekommen. Ueber die Aussichten für das laufende Jahr befragt, erwiderte die Direktion, die Gesellschaft sei in beiden Fabriken zufriedenstellend beschäftigt, namentlich betreffe dies die Annaburger Fabrik. Das Unternehmen in Kolmar sei zwar ebenso lebhaft wie im Vorjahre beschäftigt, doch hätten die Preise eine Besserung noch nicht erfahren; sie hoffe indes, auch hier Verdienste zu erzielen.“ — Der günstige Abschluß in dem annaburger Betrieb gibt hoffentlich der dortigen Direktion Veranlassung, nun endlich einmal alte Versprechungen gegenüber den Arbeitern einzulösen und denselben die letzten

Reste der früher abgezogenen Prozente wieder zum Lohn zu schlagen. Denn bisher ist uns noch nicht bekannt geworden, daß die damals den Arbeitern in ungünstiger Zeit gemachten Lohnabzüge — wie von der Direktion versprochen wurde — wieder zugelegt wurden. — Es wäre ebenso unklug wie unberechtigt, in dieser Beziehung „sparen“ zu wollen. Die Herren Aktionäre, die nicht einmal die äußerst geringe Salonsteuer allein bezahlen wollen, sollten den Arbeitern zu allererst zumuten, daß diese den wirtschaftlich doch zumeist sehr gut gestellten Aktionären zuliebe auf die Erfüllung der den Arbeitern von der Direktion gemachten Versprechungen verzichten. Drückt den Aktionären wegen der Salonsteuer der Schuh, dann sollten die Herren auch begreifen, daß die schon jahrelang geltenden Lohnabzüge den Arbeitern viel ärger zu schaffen gemacht haben.

Goldst. Ueber die A.-G. wurde die Sperre verhängt. Die Kollegen und Kolleginnen mögen das beachten.

Düsseldorf. In dem Emailierwerk von W. Siby bestand zwischen der Firma und den Arbeitern ein Lohnarbeitsvertrag, der bei seinem Ablauf anfangs Oktober dieses Jahres einige, zugunsten der Arbeiter gestaltete Abänderungen erfuhr. Anfänglich drohten sich die Verhandlungen zu einem ernstlichen Konflikt zu gestalten. Dem gegenseitigen Entgegenkommen gelang es jedoch, die Angelegenheit friedlich zu erledigen. Der neue Vertrag ist wie der alte für ein Jahr abgeschlossen. Er bringt u. a. den Malern eine Aufbesserung des Lohnes bei neuen Mustern sowie einige andere Vorteile gegenüber dem früheren Zustand. Auch für die Emailierer sind Verbesserungen eingetreten. Die über den Betrieb verhängte Sperre ist damit erledigt.

Aus anderen Verbänden

Transportarbeiter. Ein Werk, das vor kurzem zum Scheitern verurteilt zu sein schien, nämlich die Vereinigung der drei großen Transportarbeiterverbände der Seelente, Hafenarbeiter und Transportarbeiter zu einem einzigen kompakten Machtgebilde, hat am 19. Oktober eine starke Förderung erfahren. An diesem Tage sind in Hamburg die Delegierten der drei Zentralvorstände zusammen getreten, um die dem endgültigen Zusammenschluß hinderlichen Differenzen zu beseitigen. Diese Bemühungen waren erfreulicherweise von Erfolg gekrönt. Die Kommission nahm einstimmig eine Erklärung an, die ganz dazu angetan ist, auch den letzten Stachel des Zwiespalts zu beseitigen. Die auf die Differenzen bezugnehmenden Punkte sind kurz diese: Die Minorität der Konferenz vom 25. März 1908 (die Transportarbeiter) erkennt an, daß die Beschlussfassung der Mehrheit dieser Konferenz (Hafenarbeiter und Seelente) völlig „legal“ gewesen sei. Durch dieses gegenseitige Entgegenkommen wird dem Zusammenschluß das schwerste Gegengewicht genommen. Anfangs Dezember wird nun in Hamburg eine Sitzung stattfinden, die weitere Schritte auf dem Wege zur Einheitsorganisation tun wird. Im Interesse des kämpfenden Proletariats freuen wir uns des werdenden Gebildes; wir wünschen, daß alle Hoffnungen, die sich billigerweise an eine so große Organisation knüpfen lassen, erfüllt werden. Der wegen der Differenzen aufgehobene Kartellvertrag wird nicht erneuert, doch sollen die darin niedergelegten gewerkschaftlichen Grundsätze für die beteiligte Organisation ohne weiteres Geltung haben.

Vermischtes

Arbeitslosenzählung. Vom Magistrat in Nürnberg wurden bereits eine Anzahl Winterarbeiten vorgelesen. Auch die fürs nächste Jahr geplanten größeren Ausbauarbeiten am Vultpoldhain sind in die Liste der Winterarbeiten eingestellt. Ferner soll wieder eine Arbeitslosenzählung vorgenommen werden. Die Arbeitslosenzählungen, mit denen am 10. Dezember 1908 der Anfang gemacht wurde, sollen von jetzt ab regelmäßig erfolgen, um stets einen Ueberblick über den Arbeitsmarkt am Orte zu haben, und zwar zu jeder Jahreszeit. Deshalb werden jährlich zwei Zählungen stattfinden, die eine im Winter, die andere im Sommer. Damit festgestellt werden kann, wie sich der Arbeitsmarkt nach Schluß des Weihnachtsgeschäftes gestaltet, wird die nächste Winterzählung nach Weihnachten vorgenommen werden, und zwar im ersten Drittel des Januar. — Es wäre zu wünschen, daß andere Gemeinden diesem Beispiel folgten und wie Nürnberg regelmäßige Arbeitslosenzählungen vornehmen würden.

Die Abgrenzung von Fabrik und Handwerk wird im kommenden Herbst Gegenstand kommissarischer Verhandlungen und wohl auch gesetzgeberischer Vorarbeiten sein. Es werden im Reichsamt des Innern Beratungen unter Teilnahme von Vertretern der Industrie und des Handwerks stattfinden, um die von letzterem erhobenen Beschwerden zu prüfen und zu beseitigen. Das Handwerk lehnt sich wegen der Zugehörigkeit zu den Handels- bzw. Handwerkskammern, besonders gegen die bisherige Praxis auf, wonach Betriebe, die gerade durch die Hilfsmittel der Organisationen des Handwerks einen gewissen Umfang erreichen, deswegen als Fabrikbetrieb angesehen werden. Da es aber unmöglich erscheint, durch klare begriffliche Bestimmungen die Unterscheidung von Fabrik und Handwerk fest zu legen, so muß eine gemeinschaftliche Instanz geschaffen werden, der die Entscheidung aller derartiger Streitfragen zusteht. Für die Bundesstaaten, die die Verwaltungsgerichtsbarkeit eingeführt haben — Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen — erscheint das Oberverwaltungsgericht oder die diesem gleichstehenden höchsten Instanzen der Verwaltungsgerichte wohl als die zweckmäßigste Stelle. Es müßte jedoch, falls man die Lösung wählen sollte, für die Bundesstaaten ohne Verwaltungsstreitverfahren eine andere Instanz geschaffen werden, wobei eine Zentralinstanz für das Reich wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten wohl als ausgeschlossen gelten darf.

Ein neues Strafgesetz für Deutschland soll geschaffen werden. Die Regierung beabsichtigt, den Vorentwurf dazu etwa 1 1/2 Jahre lang der öffentlichen Kritik auszulegen. Dann soll, falls nicht besondere Umstände eine Verlängerung der Frist notwendig machen, eine Regierungskommission zur Fertigstellung eines Entwurfes für die gesetzgebenden Körperschaften zusammen treten, für deren Arbeiten etwa 1/2 Jahr gerechnet wird. Obwohl in dem jetzt veröffentlichten Vorentwurf zum Strafgesetzbuch eine Reihe von Bestimmungen dem Strafvollzuge gewidmet sind, will die Regierung eine besondere Vorlage hierfür einbringen. Entsprechende Vorarbeiten sollen bereits im Reichsjustizamt im Gange sein, ein Entwurf werde aber erst aufgestellt und dem Bundesrat zugehen können, nachdem das neue Strafgesetzbuch fertig gestellt worden ist. Da die Regelung des Strafvollzuges im wesentlichen nur technische Sachen enthält, ist eine vorherige Veröffentlichung der Vorlage nicht geplant. —

Für die Armen muß alles gut sein. Das „Höchster Kreisblatt“ berichtet: „Die Fabriken kaufen jetzt die Trester — ausgepreßte Apfelreste — auf und stellen daraus ein wohl-schmeckendes, sehr billiges Obstgelee her, das gern gekauft wird. Die Fabriken stellen den Apfelweinproduzenten besondere Fässer zur Verfügung, in welchen die Trester frisch aus der Kelter gesammelt und versandt werden, so daß jegliche Verunreinigung ausgeschlossen ist. Viel gezahlt wird nicht dafür; die kelternden Wirte sind froh, wenn sie das Zeug auf solch einfache saubere Art los werden.“ Die Trester wurden sonst zu Düngzwecken verwendet. Jetzt will man aus diesem Dung ein Nahrungsmittel machen. Der kapitalistische Zauberstab verwandelt, wie Figura zeigt, nicht nur Dreck in Gold, sondern auch Abfälle, die zu Viehfutter zu schlecht sind, in Nahrungsmittel für Menschen und „verbilligt“ so die Lebensweise — der Arbeiter.

Reichssozialpolitik. Auf der kaiserlichen Werft in Danzig sind, wie fast alljährlich im Herbst kurz vor Beginn des Reichstages, für die umfangreiche Arbeiterentlassungen geplant. Es ist aber von der Verhinderung der normalen neun-tägigen Arbeitszeit von 100 Entlassungen erfolgen oder bei Verhinderung der Arbeitszeit auf sieben Stunden „nur“ circa 150 Arbeiter entlassen werden! Diese warmherzige Sozialpolitik des Marineflottillenkommandanten trifft aber wieder nur die Arbeiter. Von den überaus zahlreichen Beamten soll niemand gekündigt werden. Von den Arbeitervertretern im Reichstage ist bereits erklärt worden, daß diese Herbstkündigungen nur den Zweck haben, auf den Reichstag zur Bewilligung neuer Flottenforderungen — aus Arbeiterfreundlichkeit — eine PreSSION auszuüben und gewissen Volksvertretern goldene Brücken zu bauen. Ein wirklich würdiges Mittel, um die werten Taschen der Panzerplattenpatrioten zu füllen. Schließlich sprechen diese Kündigungen das treffendste Urteil über die börsenfreisinnigen Flottendemagogen vom Schlage des Bankdirektors Rommsen, die den staatlichen Werftarbeitern bei den Reichstagswahlen vorschwindelten, daß ihre Existenz allen durch die Flottenvorlage von 1900 bis mindestens zum Jahre 1917 gesichert sei. Gerade die Arbeiter der kaiserlichen Werft kommen in Wahrheit durch die jährlichen Massenentlassungen, die die bürgerliche Lokalpresse entweder ganz totschweigt oder zu vertuschen bemüht ist, aus der schlimmsten Existenzunsicherheit nicht heraus. Durch die sinnlos

vergebenen Flottenmillarden wird eben einzig und allein nur der Wucherprofit der Flottenspekulanten wirklich gesichert, den das stolze Germanien durch die indirekte Steuerpresse aus dem Schweiße und der Notdurft der Arbeiterschaft heraus quetscht.

Von der Reichsversicherungsordnung, Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ein Unternehmerorgan schreibt: „Wie wir aus bester Quelle hören, ist der Entwurf der Reichsversicherungsordnung vom Bundesrat in mehreren wesentlichen Punkten umgestaltet worden. Näheres ist noch nicht mitgeteilt, weil die Beratungen des Bundesrats noch nicht abgeschlossen sind. Die tiefgreifenden Änderungen, die sich unter anderem auch auf das Verfahren bei der Feststellung der Renten beziehen, bedingen sehr umfangreiche Arbeiten. Deshalb kann ein fester Termin für die Einbringung der Vorlagen in den Reichstag noch nicht in Aussicht gestellt werden. Die Neubearbeitung der Reichsversicherungsordnung wird mit größter Anstrengung fortgeführt, um so bald als möglich den Reichstag und die Öffentlichkeit mit der Angelegenheit zu befragen.“

Was darf vom Lohn abgezogen werden? Darüber bestehen sowohl in Unternehmer- wie in Arbeiterkreisen noch vielfach Zweifel. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß der Unternehmer zwei Drittel der Krankentassenbeiträge und die Hälfte der Beiträge zur Invaliden- und Altersversicherung vom Lohne in Abzug bringen kann. Vertragmäßige Abweichungen sind nur zugunsten des Arbeiters zulässig. Der Abzug kann jeweils bei den Lohnzahlungen erfolgen. Ist es jedoch unterlassen worden, bei den jeweiligen Lohnzahlungen solche Abzüge zu machen, so kann nachträglich nur noch für die letzten zwei Lohnperioden ein Abzug erfolgen. Unter Lohnperiode versteht man die Zeiträume, nach deren Ablauf der Lohn vereinbarungsgemäß oder herkömmlicherweise zu zahlen ist, (zum Beispiel wöchentlich oder vierzehntägig), ohne Rücksicht darauf, ob der Lohn an den Fälligkeitsterminen tatsächlich verlangt und bezahlt wurde oder nicht. Ferner sind gemäß § 119a der Gewerbeordnung Lohninbehaltungen (Kautionen) gestattet, die von Gewerbeunternehmern zur Sicherung des Ersatzes eines ihnen aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens oder einer für diesen Fall verabredeten Strafe ausbedungen werden, jedoch nur bei Personen, die über 1500 Mk. Jahreslohn verdienen. Die Höhe der Kautionen darf bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrage den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes, nicht übersteigen. Außerdem dürfen diese Lohninbehaltungen nur erfolgen, wenn dies im Einverständnis mit dem Arbeiter ausdrücklich (mündlich oder schriftlich) im Arbeitsvertrage festgelegt wurde. Sonstige Lohnabzüge sind regelmäßig untersagt.

Was Streikbrecher kosten. Diesen Sommer tobte in Kiel ein Arbeitskampf, wie er in gleicher Ausdehnung und Heftigkeit auf kommunalem Gebiete bisher noch nicht dagewesen ist. Einmütig und geschlossen waren die städtischen Arbeiter in den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gezogen, und wochenlang kämpften sie treu und beharrlich Schulter an Schulter. Dem „freisinnigen“ Kieler Magistrat kam es natürlich nicht in den Sinn, auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Im Gegenteil! Er unternahm es, den gerechten Kampf der städtischen Arbeiter mit allen Mitteln niederzuknuppeln. Das verlorneste Gesindel wurde nach Kiel gezogen, um Streikbrecherdienste zu verrichten und der Kieler Magistrat schonte sich nicht, die Steuergrößen auch der Arbeiter verfassungsmäßig zu verwenden. Jetzt hat er sich für die Streikbrecherdienste an die Staatskasse gewandt und die ohne ihre Zustimmung verfassungswidrig ausgegebenen Gelder bewilligen. 108307.18 Mk. Mehrausgaben sind entstanden, darunter 12454.88 Mk. für die Anwerbung der Streikbrecher, 57480.77 Mark für deren Verpflegung und 9760 Mk. für die Bewachung der Betriebe. Der Magistrat will aber andererseits wieder Ersparnisse gemacht haben durch Beschäftigung von weniger Arbeitern, so daß er nur die Bewilligung von 72471.77 Mk. verlangte. Der Magistrat erwartet auch noch Ersparnisse dadurch, daß allen nach Beendigung des Streiks neu eingestellten oder wieder eingestellten Arbeitern nur der Anfangslohn gewährt wird, daß die Arbeiter keinen Urlaub erhalten und demgemäß auch keine Stellvertreter zu besolden sind, auch daß in Krankheitsfällen auf Grund der Lohnfortzahlungsbestimmungen die Weiterzahlung des Lohnes nur in beschränktem Maße stattfindet. Die Arbeitervertreter gingen mit dem Kieler Magistrat scharf ins Gericht. Die Rechnung über die Unkosten der Streikbrecher muß nochmals und zwar genau spezialisiert vorgelegt werden.

Zur Unterhaltung

Schiller und der Organisationsgedanke.

Ein Gedichtblatt zum 10. November.

Jeder Mensch, und sei es der geistig höchststehende, ist mehr oder minder ein Kind seiner Zeit. Er wächst aus den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen heraus, wie die Pflanze aus dem Erdreich, er atmet in der sozialgeistigen Atmosphäre seiner Zeit und er schwimmt in den geistigen Strömungen, wie der Vogel im Luftmeer. Allerdings bringt jeder hervor ragende Mensch — hervor ragend deshalb, weil er über die Masse empor ragt — eine bestimmte Veranlagung als Erbgut mit ins Dasein, eine Summe von Kräften und Fähigkeiten und Eigenschaften, die ihm die Möglichkeit geben, etwas großes zu leisten, dennoch aber drückt ihm die Umwelt ihren Stempel auf. Die soziale Gemeinschaft, in der er geboren wird, in die er hinein wächst und in der er lebt, beeinflusst sein Fühlen und Denken und Wollen derart, daß sich in seinem Wirken die Zeit, in der er lebt, mit all ihrem Streben und Ringen wieder spiegelt. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen der sozialen Gruppe und dem großen Manne, der ihr Führer ist: Die Gruppe beeinflusst den Feld, den sie sich geschaffen hat; in ihm verkörpern sich ihre Ideen und Willensrichtungen, umgekehrt aber beeinflusst der Führer die Gruppe, indem er ihr neue Ziele setzt und neue Wege bahnt, indem er sie anfeuert und vorwärts drängt, indem er der Masse die Fahne voran trägt.

Eine deutliche Illustration zu dem Verhältnis zwischen dem Führer und seiner sozialen Gruppe bietet uns der Dichter Friedrich Schiller, der vor nunmehr 150 Jahren, am 10. November 1759, das Licht der Welt erblickte.

Die Jugendzeit Schillers fiel in eine Sturm- und Drangperiode. Auf Deutschlands Gauen lastete der Druck eines schier unerträglichen Despotismus, aber schon garte es in der Tiefe, und in den Massen des „gewöhnlichen Volkes“ machte sich das Streben nach wirtschaftlicher, sozialer und politischer Freiheit immer ungeklärter geltend. Der „dritte Stand“, das Bürgertum, wollte sich seinen gleichberechtigten Platz erkämpfen an der Seite des Adels und der Geistlichkeit. Auf wirtschaftlichem Gebiete war der Einfluß des dritten Standes von überragender Bedeutung geworden, aber in sozialer Beziehung spielte er eine untergeordnete Rolle und in politischer Hinsicht war er vollends rechtlos. Hier setzten deshalb die Bestrebungen ein und Friedrich Schiller, der Bannerträger des Bürgertums, kämpfte mit dem Schwerte des Geistes für soziale Gleichberechtigung und politische Freiheit.

In dem Schauspieler „Kabale und Liebe“ schildert er uns den Kampf zwischen dem adelstolzen Herrn und dem schlichten Bürgermann, der die Ehre seines Hauses verteidigen will, zwischen dem Standesbewußtsein eines Bürgers, der stolz ist auf seine Arbeit und Ehrlichkeit, und dem Selbstbewußtsein eines brutalen Höflings, der sich stützt auf den Zufall der Geburt. Und in diesem Kampfe, der auch heute noch nicht ausgekämpft ist, ergreift Schiller die Partei des Bürgertums, dem er zuruft: „Männerstolz vor Königsthronen!“, dessen inneres Fühlen er zusammen faßt in den Satz: „So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm verachte!“

Mehr noch als die geringe soziale Wertschätzung empfand das Bürgertum damals seine politische Machtlosigkeit. Es war gezwungen, die absolute Herrschaft des Königs zu erdulden, und jede Laune des fürstlichen Autokraten mußte erfüllt werden, und wer sich weigerte, wurde von den Machtmitteln des Alleinherrschers: Heer, Polizei und Beamtentum, unbarmherzig vernichtet. Recht und Schutz war nirgends zu finden und die Knechtschaft der Untertanen schrie zum Himmel. Dagegen bäumte sich das steigende Selbstbewußtsein des Bürgertums auf, und der Ruf nach Freiheit und nach Beseitigung des fürstlichen und beherrschenden Joches wurde immer lauter und dringender.

Schiller wurde der Rufer in diesem Streite, der Herold des freiheitsliebenden Bürgers, der deutsche Freiheitsdichter. Immer von neuem wieder predigt er das Evangelium der Freiheit: „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, und würd' er in Ketten geboren!“ Immer wieder weist er darauf hin, daß die Freiheit ein Naturgesetz ist für alle Lebewesen: „Freiheit liebt das Tier der Wüste, frei im Aether herrscht der Gott!“ Und immer wieder feuert er die Menschen an, für die Freiheit zu kämpfen gegen Tyrannenmacht und Unterdrückung.

Dieser Freiheitskampf bei Schiller ist zunächst rein individualistisch, man könnte sagen, rein anarchisch. Man lese nur „Die Räuber“, dieses Trauerspiel einer schrankenlosen Ver-

Sönlichkeit. Der edle Räuber Moor, der die Fesseln der „anständigen“ Gesellschaft abgeworfen hat und in die böhmischen Wälder gegangen ist, macht seinem Freiheitsdrange Luft: „Ich soll meinen Leib pressen in eine Schnürbrust und meinen Willen schnüren in Geseze? Das Gesez hat zum Schnedengang verdorben, was Adlerflug geworden wäre. Das Gesez hat noch keinen großen Mann gebildet, aber die Freiheit brütet Kolosse und Extremitäten aus. . . Mein Geist dürstet nach Taten, mein Atem nach Freiheit. . . Ich fühle eine Armee in meiner Faust — Tod oder Freiheit!“ Ist es nicht, als ob man einen modernen Anarchisten reden hörte, der noch die Wundmale der Knechtschaft an seinen Handgelenken trägt, sich aber an Freiheitsphrasen berauscht und die ganze Welt umstürzen will? Die Deklamationen des Räubers Moor, die einen nach Freiheit dürstenden Menschen so sympathisch berühren, bleiben aber in der Theorie stecken und finden in der Praxis des Lebens keinen Boden. In der Wirklichkeit macht sich sofort das soziale Gesez der Organisation geltend. „Das Tier muß auch seinen Kopf haben“, sagt der Räuber Koller. „Auch die Freiheit muß ihren Herrn haben. Ohne Oberhaupt gingen Rom und Sparta zugrunde!“ Und die Räuber, deren Prinzip die schrankenlose Freiheit ist, wählen sich eine Leitung, der sie sich willig unterordnen, einen Führer, dem sie Gehorsam leisten; sie gründen eine Vereinigung, deren Grundlage die Disziplin ist. Die schrankenlose Freiheit leidet Schiffbruch überall dort, wo eine Gruppe von Menschen gemeinsam etwas unternimmt. Hier tritt die organische Freiheit in die Erscheinung und der Organisationsgedanke feiert seine Triumphe. Auch der Räuber Moor erkennt das an, wenn er am Ende seines wüsten Treibens verzweiflungsvoll ausruft: „O, über mich Narren, der ich wähnte, die Welt durch Greuel zu verschönern und die Geseze durch Gesezlosigkeit aufrecht zu erhalten!“

Dieses Geständnis ist charakteristisch für Schiller, der sich aus dem Durcheinander der Gesezlosigkeit und Schrankenlosigkeit durchgerungen hatte zu der Ueberzeugung, daß eine Organisation notwendig ist, die das Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Menschen regelt. Dadurch unterscheidet sich der Mensch, dieses soziale Wesen, von den Wüstenrentieren, die wild umher schwelken, und von den Göttern, die frei im Aether herrschen: „Doch der Mensch in ihrer Mitte, soll sich an den Menschen reihen, und allein durch seine Sitte kann er frei und mächtig sein.“ Der Mensch soll sich mit Seinesgleichen zusammen schließen und gemeinsam seine Freiheit erlämpfen. Aber die politische Freiheit ohne eine wirtschaftliche Grundlage ist ein leerer Wahn. „Bekümmert sich ums Ganze, wer nichts hat? Hat der Bettler eine Freiheit, eine Wahl? Er muß dem Mächtigen, der ihn bezahlt, um Brot, um Stiefel seine Stimm' verlaufen“, heißt es im „Demetrius“ und das gibt uns einen Fingerzeig, wie notwendig es ist, mit Hilfe einer wirtschaftlichen Organisation die rechtliche Freiheit aus den luftigen Höhen der Theorie in die Wirklichkeit des Lebens umzusetzen, damit die Massen nicht mehr nötig haben, ihre Freiheit und Menschenwürde um die nackte Existenz zu verlaufen.

Dieser Organisationsgedanke tritt besonders in „Wilhelm Tell“ deutlich zutage. Nicht Wilhelm Tell, der Individualist und Feind der Organisation, ist der Held des Dramas, nein, das organisierte Schweizervolk, das sich auf dem Rütli zusammen schloß, ist der Held, der die Befreiung herbei führt. Schillers Tell-Drama ist das Hohelied des Organisationsgedankens. Werner Stauffacher, der gereifte Mann, hebt den Gedanken der Organisation im Befreiungskampfe hervor: „Wir können nicht wenn wir zusammen stünden; denn verbunden werden auch die Schwachen mächtig.“ Als Walter Fürst darauf hinweist, wie die Tyrannen sich die Hände reichen und einmütig zusammen stehen, antwortet Melchtal: „Sie lehren uns, wie wir es machen sollen.“ Und der alte Attinghausen spricht: „Drum haltet fest zusammen, fest und ewig. Kein Ort der Freiheit sei dem andern fremd! Hochwachten stellet aus auf euren Bergen, daß sich der Bund zum Bunde rasch versammle! Seid einig, einig, einig!“

Und noch einmal faßt der Dichter die Notwendigkeit der Organisation zusammen in die Verse: „Immer strebe zum Ganzen und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an!“ Dieses Vermächtnis Schillers das auch am Kopf unseres Verbandsorgans leuchtet, wollen wir treu im Herzen bewahren und in die lebendige Wirklichkeit umsetzen.

Uersammlungs-Berichte etc.

m. **Hiltwaller.** Eine recht gut besuchte Zahlstellenversammlung fand am 6. Oktober statt. In derselben referierte Genosse Wollmann über das Thema: „Die Frage der Verschmelzung der Porzellanarbeiter-

Löpfer- und Glasarbeiterorganisationen.“ Referent erläuterte in seinem Vortrage, daß die Verschmelzung dieser drei Verbände doch einmal zur Notwendigkeit wird. Die Verschmelzungsfrage ist im Fluß und es muß abgewartet werden, auf welcher Basis sich dieselbe gestalten wird. Bei den Löpfern sowie auch bei den Glasarbeitern hat die Verschmelzungs-idee schon an Boden gewonnen. Eine starke Kampforganisation kann für uns nur zum Vorteil sein. Die Unternehmerorganisationen schließen sich immer mehr zusammen, und deshalb ist es auch seitens der Arbeiter erforderlich, auf eine Stärkung ihrer Macht bedacht zu sein. Größere Organisationen, wie der Holzarbeiter- und Metallarbeiterverband, haben infolge ihrer Macht bessere Erfolge erzielen können. Ein sehr wichtiger Faktor für die Verschmelzung sprechender Faktor ist die Agitation. Schon durch das Verstreutliegen unserer Industrie wäre eine Zusammenlegung der Berufsverbände von großem Nutzen. Bei größeren Zahlstellen würde sich die Anstellung eines Lokalbeamten als notwendig erweisen. Durch unabhängige Agitationsleiter kann auch die Agitation sich besser entfalten. Persönliche Gehässigkeiten würden vermieden, wenn in Zahlstellenversammlungen die Mitglieder aus den drei Berufen miteinander arbeiten, um nutzbringend für das Gemeinwohl der Arbeiterschaft zu dienen. Von großer Bedeutung wäre auch eine bessere Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Presse. An tüchtigen Mitarbeitern wird es auch dann nicht fehlen, um auf wissenschaftlichem Gebiete bildend auf die Arbeiterschaft ein zu wirken. Allerdings sind die Unterstüßungsbeirichtungen in den drei Verbänden verschieden ausgebaut. Auch die Porzellanarbeiter müßten mit ihren Unterstüßungssätzen noch zurück gehen, damit der kommenden Verschmelzung der Weg geebnet wird. Auch finanziell wären wir besser gestellt, wenn die Unterstüßungs-Auszahlung aus einer Kasse erfolgt, und ständen somit größere Mittel zur Verfügung. Die bisher geführte Nadelstichpolitik könnten auch dann die Unternehmer nicht so weiter führen. Ebenso würden Maßregelungen und Aussperrungen vermieden werden, da die drei Verbände mit verschiedenen Konjunkturen zu rechnen haben. Für den Industrieverband kommen 180 Tausend Arbeiter in Frage, die zu gewinnen sind. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die am 6. Oktober stattgefundene Versammlung der Porzellanarbeiter, die von 120 Personen besucht war, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Anwesenden sind der Ueberzeugung, daß durch eine Zentralisation der drei Verbände den Unternehmern eine starke Kampforganisation gegenüber gestellt wird. Der fortwährende Zusammenschluß der Unternehmer und somit des Kapitals erfordert von der Arbeiterschaft die Schaffung eines Industrieverbandes.“

b. **Berlin.** Ueber den Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung hielt Gewerkschaftssekretär Genosse Ritter einen sachlich ausgezeichneten Vortrag in der Versammlung am 16. Oktober. Redner hob besonders die Mängel und Schäden des Entwurfs hervor und betonte, daß dieser in keiner Weise den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterschaft in Bezug auf die verschiedenen Versicherungsarten gerecht werde. Referent kam zu dem Schluß, daß nur eigene Hilfe, sowie die gewerkschaftliche und politische Organisation Besserung in dieser Hinsicht bringen kann. Unter Geschäftlichem wurden fünf Neuaufnahmen erledigt und einen Kollegen eine Notfallunterstützung von 5 Mk. aus dem Lokalfonds bewilligt. Es wurde noch hingewiesen auf den mittelmäßigen Besuch des Stiftungsfestes und daß in Zukunft die Kollegen mehr Willens umsehen möchten als diesmal.

sch. **Leitlin.** Am 24. Oktober fand hier eine ziemlich gut besuchte Zahlstellenversammlung statt, in welcher der Verbandschriftführer, Genosse Schneider, über die „Verschmelzungsfrage“ referierte. In dieser Versammlung nahm auch eine Anzahl Kollegen vom Glasarbeiter- und Löpferverband in Halle teil. Der Redner legte dar, inwiefern die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung dazu nötige, die Organisationen der Arbeiter kampffähiger zu machen. Derselben Ursachen wirtschaftlicher Natur, welche bereits eine ganze Anzahl von Berufsorganisationen veranlaßte, sich in größeren Industrie-Verbänden zu vereinigen, haben auch für unseren Verband die Frage einer eventuellen Verschmelzung mit den Verbänden der Löpfer und Glasarbeiter auf die Tagesordnung gesetzt, von welcher dieselbe nicht eher verschwinden wird, bis sie gelöst ist. Die Schwierigkeiten, welche noch zu lösen sind, ehe die geplante Verschmelzung zur Tatsache werden kann, sind nach den Ausführungen des Redners allerdings keine geringen. Für unseren Verband käme vor allen Dingen eine weitgehende Aenderung unseres bisherigen Unterstüßungswesens in Betracht, besonders eine Herabsetzung der bisherigen Unterstüßungssätze in Höhe und Dauer. So notwendig es für die Porzellanarbeiter sei, in Zukunft die größere Betonung auf das Unterstüßungswesen zu legen, so ist dies für die Löpfer und Glasarbeiter nicht der Fall. Die Unterstüßungssätze müssen auf unserer Seite auf einen der bei uns üblichen Unterstüßungssätze herabgesetzt werden. Im Löpfer-Verband, der die Unterstüßungssätze nicht kennt, werde diese eingeführt werden müssen. Im Glasarbeiter-Verband ist die Krankensunterstützung seit dem letzten Verbandstag eingeführt. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung in den drei Verbänden dürfte die Grundlage schaffen, auf welcher eine Verschmelzung möglich wäre. Wenn die Kasse des durch die Verschmelzung zu schaffenden Industrie-Verbandes für die keramischen Arbeiter durch das Unterstüßungswesen nicht allzu stark belastet werden soll, so muß von Anfang an auf eine entsprechende Normierung der Unterstüßungssätze Bedacht genommen werden. Der Redner wies auf eine ganze Reihe von belastenden Momenten für die Kasse des gemeinsamen Verbandes hin. An der Hand des Jahresabschlusses unseres Verbandes für 1908, sowie einiger interessanter Zahlen aus der Statistik über Streiks- und Lohnbewegungen für 1908 wies der Redner darauf hin, daß eine gründliche Aenderung unseres Unterstüßungswesens erfolgen muß, auch wenn die Verschmelzungsfrage uns nicht dazu drängte, wenn die Organisation mehr als bisher ihrem eigentlichen Zweck, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dienlich gemacht werden soll. Wer die Verschmelzung für eine Notwendigkeit hält, der müsse aber auch bemüht sein, die Grundlagen schaffen zu helfen, auf welcher eine Verschmelzung erfolgen könnte. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat entspann sich eine lebhafte Debatte, an welcher sich besonders die anwesenden Löpfer und Glasarbeiter beteiligten. Derselben stimmten einer Verschmelzung zu, ließen aber keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie einem so weit ausgebauten Unterstüßungswesen, wie unser Verband es besitzt, keinen Geschmack abgewinnen können. Im besonderen betonte ein Vertreter der Löpfer, daß eine reine Kampforganisation ohne jeden Unterstüßungsballast den Interessen der Arbeiter dienlicher sei,

als ein Verband mit Unterstützungs-Einrichtungen. Der Verschmelzung wurde nach Schluß der Debatte im Prinzip zugestimmt, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

k. Schedewitz. In der Versammlung vom 10. Oktober waren 48 Mitglieder anwesend. Redakteur Genosse Friedrich Zwickau, sprach über "Hörsen's Weltruf als Dichter." Der sehr gut erläuterte Vortrag wurde durch großer Ruhe von den Anwesenden, nach zweistündiger Rede des Genossen Friedrich, mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Da die Hälfte der Mitglieder der Versammlung fern blieben, konnte auf Verschiedenes nicht näher eingegangen werden und soll jeder Kollege dazu beitragen, die gleichgültigen Mitglieder aufzumuntern, die Versammlungen besser zu besuchen.

Adressen-Änderungen

Oelde in Westfalen. Sch. M. Eger, St.-Dr., Langestr. 189, Ko. Gerh. Othues, M., Lindenstraße 356.
Pankow. Rff. Paul Siebert, Berlin, Buchholzerstr. 7, Ko. Fritz Merzat, Pankow, Mühlenstr. 58.

Versammlungs-Anzeigen

Altwater. Sonnabend, 6. November, 7 Uhr, im „Deutschen Kaiser“. Rassenbericht.
Arzberg. Sonntag, 14. November, nachmittags 1/2 8 Uhr, bei Witwe Hollerung.
Berlin. Montag, 8. Nov., 7 Uhr, Figuren- u. Terrakottabranche bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. — Montag, 8. November, 9 Uhr, Plakatmaler, Sitzung, Molkenmarkt 7, bei Berndt.
Breslau. Sonnabend, 18. November, 7 Uhr, bei Fuhrmann, Matthiasstraße 182.
Buckau. Montag, 8. November, 6 Uhr, im „Thalia“, Dorotheenstr. 14.
Cassel. Sonnabend, 6. November, im Gewerkschaftshaus.
Charlottenburg. Sonnabend, 18. November, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 8.
Cöln. Donnerstag, 11. November, 9 Uhr, im Restaurant Neunzig, Schaafenstr. 45.
Döbeln. Sonnabend, 6. November, 8 Uhr, bei Schmidt, Neugasse. Vortrag.
Eilenberg. Sonnabend, 18. November, im Gambrius.
Frankfurt a. M. Sonnabend, 6. November, 8 Uhr, bei M. Gittfried, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 56.
Friedrichshagen. Sonnabend, 6. November, 8 Uhr, bei Singuhr, Seestr. 86.
Gellenkirchen. Sonntag, 7. November, bei Eckermann, Ottilienstraße.
Goldlauter. Sonntag, 7. November, Verwaltungssitzung. — Sonntag, 14. November, Versammlung, bei Gebhard Helm.
Gräfenhain. Sonnabend, 14. November, 8 1/2 Uhr, im Gasthof zum „Steiger“.
Großbreitenbach. Montag, 15. November, 8 1/2 Uhr, im goldenen Hirsch. Vortrag des Genossen Joh. Schneider über: „Die Verschmelzungsfrage“.
Kahla. Sonnabend, 6. November, 8 Uhr, im Thüringer Hof zu Löbschütz.
Kronach. Sonnabend, 6. November, im Bayerischen Hof.
Leipzig. Sonnabend, 18. November, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Betzstraße 82.
M.-Gladbach. Sonnabend, 6. November, im Lokale von B. Heinen, Wallstr. 18, in der Nähe des alten Marktes.
Oelde. Sonnabend, 6. November, im Versammlungslokal.
Ohrdruf. Sonnabend, 6. November, 8 1/2 Uhr, in Alt's Felsenkeller.
Reichenbach. Sonnabend, 6. November, 8 Uhr, bei Ludwig.
Seib-Pißberg. Sonnabend, 6. November, bei Nieß. Vortrag des Arbeitersekretärs A. Währ-Hof.
Suhl. Sonntag, 7. November, nachmittags 8 Uhr, in Dombergs Ansicht.
Tiefenfurt. Sonnabend, 6. November, abends 8 Uhr, in der Brauerei.
Unterpörlitz. Sonnabend, 6. November, im Gasthaus zur Sonne.
Uegelsack. Sonntag, 7. November, nachmittags 8 Uhr, bei Oberbeck.
Welpswaller. Sonnabend, 6. November, 8 1/2 Uhr, im Café Zentral.
Wetzlar.

Einzelne Anzeigen

Gera. Große öffentliche Versammlungen. Sonnabend, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr, im Refler-Gasthof. Die Zustände in den Porzellanfabriken und deren Folgen.“ Referent Gausleiter Hoffmann-Ilmenau. — Dienstag, 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im Refler-Gasthof. Die Frage der Verschmelzung der Porzellanarbeiter, Glasarbeiter und Töpfer. Referent Joh. Schneider-Charlottenburg. Diskussion. Zahlreichen Besuch erwartet Die Verwaltung.

Elsterwerda. Donnerstag, den 11. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Lohse (Deutscher Kaiser) in Diehla, eine Versammlung statt, zu welcher Genosse Wollmann als Referent erscheint. Da ein sehr wichtiges Thema zur Sprache kommt, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Die Zahlstellenverwaltung.

Judenbach. Sonntag, 7. November, nachmittags 8 Uhr, bei Peter Hammer Schmidt. Genosse Schneider-Charlottenburg spricht über: „Die Verschmelzungsfrage“.

Ilmenau. Sonntag, 14. November, nachmittags 8 Uhr, im Rest. Rosenau. Vortrag des Genossen Joh. Schneider-Charlottenburg über: „Die Verschmelzung der drei Verbände“. Diskussion.

Langewiesen. Die Monatsversammlung findet nicht, wie in Nr. 44 der „Ameise“ bekannt gegeben, Sonntag, den 14., sondern **Sonnabend, den 13. November**, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Felsenkeller statt. Tagesordnung: „Die Verschmelzungsfrage“. Referent Genosse Joh. Schneider-Charlottenburg.

Osterode a. H. Laut Zahlstellenbeschl. finden die monatlichen Versammlungen für das Winterhalbjahr jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags pünktlich 2 1/2 Uhr, statt. Das **zweite Stiftungsfest** der Zahlstelle findet am Sonnabend, den 20. November, 8 1/2 Uhr, im Schützenhause statt. Da dieses im voraus durch Vorträge, (Gesang, Theater, Zauberkunststücke und Ball) verspricht schön zu werden, so ist zu erwarten, daß sämtliche Mitglieder für einen guten Besuch sorgen. Die Verwaltung.

Stadtlengsfeld. Dienstag, 9. November, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Schützenburg. Genosse Joh. Schneider-Charlottenburg referiert über: „Die Verschmelzungsfrage“.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

Berlin. Wir machen die Kollegen allerorts darauf aufmerksam, daß in Berlin zur Zeit keine Aussicht für Zureisende auf Arbeit vorhanden ist. Wir ersuchen dringend, da hier genügend Arbeitslose vorhanden, bei etwa auftauchenden Annoncen sich sofort an den **Arbeitsnachweis Berlin S.D. 26, Raunynstr. 84, 1 Tr.**, um Auskunft zu wenden, ganz gleich, welche Branche dabei in Frage kommt.

Colditz. Kollegen, welche gesonnen sind, hier in Stellung zu treten, wollen sich im eigenen Interesse erst bei der Zahlstellenverwaltung erkundigen. Die Zahlstellenverwaltung.

Marktredwitz! Achtung Kollegen! Da bei der Firma Jäger Differenzen in der Unterglasurmalerei auszubrechen drohen, seien alle Kollegen vor unbedachter Stellenannahme dorthin selbst gewarnt!

Schriftenmaler, speziell für Glashilder und Reklameplakate, perfekt in Entwurf und Ausführung sucht Stellung. Offerten an Hilmer, Leipzig, Sternwartenstr. 18, 4 Tr. erbeten.

Schleifer sucht per sofort Stellung. Offerten unter 100 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Beitzelle 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

Gesucht an jedem Ort Leute,

eventuell Vertreter, die hohelegante Neuheiten (erstklassige Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Höherer Verdienst, Auskunft vollständig kostenlos an Jedermann. **Hermann Wolf, Zwickau i. S., Nordstr. 30.**

Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt, Dresden A., Blasewitzerstraße 64-66.

Goldschmiere

sowie goldhaltige Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldschmiere, verdichtetes Glanzgold und ionstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.

Emil Böhme, Eilenberg, S.-A. Ältestes Geschäft dieser Art. Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 80 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-A., Gneisenaustr. 8.**

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Osterweihst. 32



Osterweihst. 32

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Vergolberet vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Herausgeg. v. Verbände d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: Fritz Bietsch, Charlottenburg, Königenstraße 14. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Gerickestr. 21.